

Wirtschaft versus Wahrheit

Bundesrat und ein grosser Teil des Parlamentes wollen uns Schweizern weismachen, dass durch die Personenfreizügigkeit das Wirtschaftswachstum angekurbelt wird. Durch die Vergabe des Auftrages an eine österreichische Firma wird unser Gotthardtunnel von ausländischen Arbeitskräften geschaffen. Sie bezahlen hier keinen einzigen Rappen Steuern und gleichzeitig wird die inländische Firma, deren Angebot auch dank den höheren Lebenskosten in der Schweiz höher ausgefallen ist, fallen gelassen. Das bedeutet, dass 100 Personen entlassen werden müssen und auf der Strasse stehen. Was denken Sie, kostet nun mehr? Kann man dem Bundesrat und dem Parlament überhaupt noch vertrauen? Und wie sieht es denn aus, wenn die Personenfreizügigkeit für die 10 neuen EU-Länder angenommen wird? Die Voten dafür sind wohl reine Augenwischerei. Sie argumentieren, dass Schweizer dann auch in diesen Ländern arbeiten dürfen. Es ist daran zu zweifeln, ob ein Schweizer tatsächlich für einen Stundenlohn von Fr. 2.- in Polen oder in einem anderen Ostblock-Staat arbeiten will! Umgekehrt ist dies eher denkbar. Die Wirtschaft droht uns, dass bei einem Nein die Arbeitsplätze gefährdet sind und sie ihre Produktion ins Ausland verlegen müssen. Aber das geschieht ungeachtet der Abstimmungsergebnisse bereits heute schon. Man erinnere sich an die kürzliche Bekanntgabe der Abwanderung von LEGO, bei der ca. 300 Menschen die Arbeitsstelle verlieren. Es wird uns meist vorgegaukelt, dass im Interesse der Mitarbeiter gehandelt wird. Doch es geht weitum bloss um Kostensparen und Gewinnoptimierung. Firmen verlagern ihre Sitze heute schon ins Ausland und das Argument ist somit hinfällig. Lassen wir uns also durch Unwahrheit an der Nase herumführen? Wenn Sie dies nicht mit sich tun lassen wollen, dann stimmen Sie am kommenden 25. September NEIN zur Personenfreizügigkeit.

Nicht um jeden Preis

Der Familiennachzug als Recht, sprengt in der Vorlage zur Abstimmung über die Personenfreizügigkeit wahrlich die Grenzen. Wenn eine Person einen Arbeitsvertrag in der Schweiz bekommt, hat er das Recht, den Ehepartner, die Kinder, die Elter, die Schwiegereltern und gar die Grosseltern einreisen zu lassen. Kann diese Person mit dem Einkommen nicht für die ganze Sippe aufkommen, gewähren wir ihnen allen das Recht auf Sozialhilfe. Es ist anzunehmen, dass dies in den meisten Fällen der Fall sein wird. Wie sonst sollte man all diese Personen in unserem Hochpreisland über die Runde bringen? Es wird nebst der weiteren Erhöhung der Krankenkassenprämien auch andere soziale Abgaben in die Höhe treiben. Ganz abgesehen vom Lohndumping, dem wir zweifellos ausgesetzt sein werden. Es ist daher anzunehmen, dass eine Annahme dieser Vorlage unser eigenes Portemonnaie trifft. Wollen wir das wirklich?

Der Mittelstand in der Schweiz wird dereinst aussterben und all die „familienfreundlichen“ Parteien vergessen dabei, dass unsere Jugend auch heute schon dem Problem des Lehrstellenmangels und der Verschuldung gegenüber steht. Wollen wir nur noch Fremde ausbilden? Die Studienplätze sind von einem grossen Teil von ausländischen Studenten besetzt und für unsere reicht der Platz nicht mehr. Wohin bringt uns denn die Ausbildung von Fremden? Ich denke, dass wir in Anbetracht dessen, dass wir auch eigene Schweizer Bürger haben, die nur knapp über die Runden kommen, auf eine zusätzliche Erhöhung von Sozialhilfeempfängern verzichten und zuerst danach trachten sollten, die eigenen entsprechend zu unterstützen, die in einer Notsituation sind. Unrecht und Leid gibt es überall. Wir müssten bald die halbe Welt einladen zu uns zu kommen, weil es ihnen in ihrem Land so schlecht zu gehen scheint! Wer soll das bezahlen? Nutzen wir diese Chance

und stehen mit einem NEIN am 25. September für eine Schweiz ein, die noch selbst bestimmen kann, wer in unser Land kommen darf.

Die massiven Konsequenzen

Wer sich heute für ein JA am 25. September zur "Personenfreizügigkeit" erpressen lässt, muss sich konsequenterweise bewusst sein, dass dieses JA dann auch für alle weiteren neu der EU beitretenden Länder gilt. Wer heute A sagt, muss morgen auch B sagen und weitere Länder zulassen.

2007 ist der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien vorgesehen. In beiden Ländern herrscht grosse Armut und Arbeitslosigkeit. Unser Hochlohnland mit dem gut ausgebauten Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen würde die Menschen unweigerlich anziehen.

Aus mehreren Gründen verfolgt die EU das Ziel die Balkanstaaten Kroatien, Mazedonien, Serbien-Montenegro inkl. Kosovo, Bosnien und Albanien so bald wie möglich in die EU-Gemeinschaft zu integrieren. Auch die Türkei, mit 70 Millionen Einwohnern, ist bekanntlich in Verhandlung mit der EU und der Beitritt dürfte nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. All die Menschen aus diesen genannten Ländern haben ein gut funktionierendes Netzwerk in der Schweiz und zum Teil auch schon Verwandte und Bekannte hier. Weshalb also sollten sie sich nicht dafür entscheiden auch in die Schweiz zu kommen? Im Weiteren sucht die Ukraine, mit mehr als 50 Millionen Einwohnern, den Anschluss an die EU. Auch diese Bemühungen dürften in den nächsten 10 Jahren Früchte tragen.

Kulturelle und soziale Probleme, wie auch enorme Probleme für unser Bildungswesen sind absehbar, wenn eine grosse Einwanderung aus den 10 Neuen, sowie der später hinzu kommenden EU-Mitgliedstaaten stattfindet. Nicht zu vergessen ist, dass diese Menschen Wohnraum brauchen, welcher bei uns nicht unbeschränkt vorhanden ist und wir auch wirtschaftlich nicht in der Lage sind, zigtausende neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die EU hat uns bei der Abstimmung zu den „Bilateralen I“ ganz bewusst die Türe für ein NEIN zur erweiterten Personenfreizügigkeit offen gelassen. Mit vollem Wissen, dass 2004 weitere 10 Staaten der EU beitreten, hat sie von der Schweiz nicht verlangt, diese Freizügigkeit automatisch auf alle neu hinzukommenden Staaten auszudehnen. Nutzen wir diese Chance und stehen mit einem NEIN am 25.

September für eine Schweiz ein, die noch selbst bestimmen kann, wer in unser Land kommen darf. Die wahren Konsequenzen, von denen niemand spricht, hätten wir unweigerlich zu tragen.

Eingereicht am 11.09.2005